

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtplanungsausschuss	24.01.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Ersatz für die entfallenden gewerblichen Potentialflächen südlich der Wiener Straße
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.01.2017
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 19.02.2018
(wird als Tischvorlage nachgereicht)**

Anlagen:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.01.2017
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 19.02.2018
Sachverhalt

Bericht:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 23.07.2014 beschlossen, von der Entwicklung eines Gewerbegebietes südlich der Wiener Straße Abstand zu nehmen und die bestehende Waldfläche planungsrechtlich zu sichern. Mit diesem Ziel wurde das Verfahren zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan (FNP) eingeleitet. Derzeit bearbeitet die Regierung von Mittelfranken die Genehmigung des Änderungsverfahrens.

In den Anträgen vom 30.01.2017 und vom 19.02.2018 wird die Verwaltung aufgefordert, Vorschläge für die Bereitstellung von quantitativ und qualitativ gleichwertigen Ersatzflächen für die ehemalige gewerbliche Baufläche südlich der Wiener Straße und für Industrie- und Logistikfläche zu unterbreiten. Diese möglichen Gewerbeflächenpotentiale sollen nach dem 23.07.2014 neu ausgewiesen werden und nicht bereits im wirksamen FNP als gewerbliche Bauflächen dargestellt sein.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
 ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Bereitstellung von Gewerbeflächen zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze, Vermeidung potentieller Konflikte durch Emissionen, ggf. Verlagerung von Kleingärten - Erholungsgrün.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Ref.VII

